

Aus der Gemeinderatssitzung vom 03.09.2019

Bürgermeister Wießner begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates, Frau Jäger von der Presse sowie die anwesenden Zuhörer. Bevor er in die Tagesordnung einstieg, dankte er seinen beiden Stellvertretern Franz Wagner und Sabine Steinebrunner für das Wahrnehmen vieler Termine und Stellvertretungen im August und September. Da keine Fragen und Anregungen gestellt wurden, konnten die nichtöffentlichen Beschlüsse aus der Gemeinderatssitzung vom 15.08.2019 bekannt gegeben werden.

3. Alten- und Pflegeheim Todtnau, 2. Erweiterung

3.1 Beratung und Beschlussfassung über die Kostenberechnung, die Entwurfsplanung und weitere Planung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Wießner Herrn Huller vom Planungsbüro Huller und Scheld und erwähnt, dass die gestellten Befreiungsanträge für die befristete Weiternutzung der Doppelzimmer von der Heimaufsicht genehmigt wurden (3 Doppelzimmer bis 2034 und 2 Doppelzimmer während der Bauphase). Sie gilt allerdings nur, wenn die Umsetzung der Baumaßnahme eingeleitet und durchgeführt wird. Herr Huller stellt anhand einer übersichtlichen Präsentation die geplanten Um- und Anbauplanungen für das Haus vor. Der Haupteingang soll ins Untergeschoss verlegt und der bisherige Eingangsbereich auf allen drei Ebenen zu Zimmern ausgebaut werden. Dadurch entstehen auf jedem Stockwerk zwei Wohngruppen mit jeweils 15 Plätzen, die durch das zentrale Treppenhaus und den Aufzug voneinander getrennt sind. Das Planungsbüro versuchte, in jedem Geschoss die gleiche Aufteilung abzubilden. Dies erleichtert es dem Personal im Vertretungsfall auch in einem anderen Stockwerk tätig zu sein. Die Garagen von DRK und Bergwacht sind unter dem neuen südlichen Anbau geplant. Dadurch entstehen im UG neue Flächen für die Verwaltung sowie weitere Abstellräume. Neue Lagerflächen können im Speichergeschoss erschlossen werden. Dies wird über eine Verlängerung des Aufzugs in dieses Geschoss erreicht werden. Der dort vorhandene Aufzug ist überaltert und muss im Zuge der Baumaßnahme ersetzt werden, so dass die eine zusätzliche Halteeinrichtung die Kosten nur unwesentlich erhöht. Herr Huller bewertet alle Baumaßnahmen und kommt auf eine Summe für die geplanten Um- und Neubaukosten in Höhe von 6,47 Millionen Euro (brutto) inkl. neuer Möblierung. Dies bedeute Mehrkosten zur bisherigen Grobschätzung über 1,225 Millionen Euro. Nach Klärung der gestellten Rückfragen an Herrn Huller nimmt der Gemeinderat zustimmend von der Entwurfsplanung und der Kostenberechnung Kenntnis. Das Planungsbüro Huller und Scheld wird gemäß Architektenvertrag mit den Leistungsphasen 4-7 (Genehmigungsplanung bis Mitwirkung bei der Vergabe) beauftragt.

4. Stadtwald Todtnau

4.1 Bericht zu den klimabedingten Waldschäden

4.2 Bericht zur aktuellen Situation des Holzmarktes

Die beiden Tagesordnungspunkte trugen Herr Sellenmerten (Leiter Forstbezirk Todtnau) und Frau Smarsly (Geschäftsführerin Forstbetriebsgemeinschaft) vor, die beide von Bürgermeister Wießner begrüßt werden. Zunächst stellt Herr Sellenmerten kurz einige Eckdaten des Stadtwalds Todtnau vor. Danach sind 83 % des Waldbestandes mit Fichten und Buchen bepflanzt, was eine geringe Risikostreuung darstellt. Die geplante Verjüngung der Laubbäume konnte zu 78 % umgesetzt werden. Es ist jetzt wichtiger denn je, den Wald für den Klimawandel fit zu machen. Nach dem vielen Sturmholz durch das Tief „Burglind“, machten in den Jahren 2018 und 2019 die trockenen und heißen Sommer den Bäumen zu schaffen. Daher steht vor allem die flachwurzelnde Fichte unter Trockenstress und so war seit dem Jahr 2015 der Befall mit Borkenkäfern ansteigend. Im Jahr 2018 wurden in Todtnau 8.000 Festmeter Käferholz eingeschlagen. In 2019 hat sich die Gefahrenlage noch erhöht und bis August 2019 wurden ca. 14.000 Festmeter Käferholz geschlagen. Alle derzeit durchgeführten Maßnahmen dienen der Nachhaltigkeit, also der

Sicherung des Waldbestandes. Durch die Käfergefahr in ganz Europa ist es schwierig bzw. nur zu hohen Kosten möglich, Fuhrunternehmer zu finden, die freie Kapazitäten für die Holzabfuhr aus dem Wald haben. Sicher ist, dass sich die Landschaft und die Artenzusammensetzung ändern werden. Es ist an der Zeit im Wald den Baumartenumbau auf großer Fläche anzugehen. Frau Smarsly geht auf die derzeitige Marktlage ein und erklärt die Strategie von Nass- und Trockenlagern. Ebenso wird der Exportmarkt, insbesondere nach China, für Kamalitätenholz interessant. Allerdings sind trotz aller Bemühungen derzeit keine guten Preise am Markt erzielbar. Danach zieht Herr Sellenmerten einen Zwischenbericht für das Jahr 2019. Demnach sind bereits 20.000 Festmeter Holz von den planmäßigen 30.000 eingeschlagen worden. Hiervon sind 75 % zufällige Nutzungen (Käferholz). Im Haushaltsplan war für 2019 ein Gewinn von 200.000 € eingeplant. Da die Ausgaben, u.a. die Holzerntekosten steigen und die Holzpreise steil nach unten gehen, wird vom Forstbezirk ein Minus von mindestens 100.000 € erwartet. Die Ausführungen nahm der Gemeinderat zur Kenntnis.

4.3 Beratung und ggf. Beschlussfassung über die Bildung eines Forstausschusses

Bereits im Vorfeld sind die Fraktionen mit dem Bürgermeister überein gekommen, keinen neuen Ausschuss zu gründen, sondern während der derzeit kritischen und angespannten Situation des Waldes vom Forstbezirk öfter im Gemeinderat Berichte einzuplanen.

5. Bauantrag zum Neubau eines 8-Familienhauses mit Tiefgarage, Flst.Nr. 17, Gemarkung Todtnau

Der Bauantrag wurde von Bürgermeister Wießner kurz vorgestellt, auch im Vergleich zur Höhe des Nachbarhauses. Der Bauausschuss hat den Antrag befürwortet. Der Gemeinderat schloß sich dieser Empfehlung des Ausschusses an und erteilt die baurechtliche Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

6. Bebauungsplan Obere Radschertstraße

- Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise

Der Gemeinderat hat im Jahr 2015 einen Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplanverfahren „Obere Radschertstraße“ sowie der punktuellen Änderung des Flächennutzungsplanes gefasst. Die Bauleitplanung umfasste im Wesentlichen die Flächen der Fachklinik Tannenhof, der Jugendherberge, die Erschließungsanlage der Straße und das Grundstück östlich der Jugendherberge. Die Bereiche Jugendherberge und Fachklinik Tannenhof sind bereits als Sondergebiete im bestehenden Bebauungsplan aufgenommen. Nach Durchführung einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange sowie der Offenlage des Entwurfs der Bauleitplanung wurde durch die Bevölkerung ein Bürgerbegehren mit dem Ziel angestrebt, das städt. Grundstück am Radschert nicht zum Bau eines Hotels zu veräußern. Das Bürgerbegehren mündete in einer Bürgerentscheid, welcher am 26.05.2019 durchgeführt wurde. Das Abstimmungsergebnis ergab, dass das Grundstück nicht für einen Hotelbau verkauft werden darf. Dieses Ergebnis des Bürgerentscheids bildet nicht automatisch einen Verfahrensabschluss im laufenden Bebauungsplanverfahren. Daher ist vom Gemeinderat zu entscheiden, wie weiter verfahren werden soll. Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag der Verwaltung, das eingeleitete Bebauungsplanverfahren „Obere Radschertstraße“ sowie die punktuelle Änderung des Flächennutzungsplans am derzeitigen Verfahrensstand zu beenden. Eine Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen wird nicht erfolgen. Sollten für die Fachklinik Tannenhof und/oder die Jugendherberge Entwicklungsmöglichkeiten notwendig werden, die im bisherigen Plan nicht enthalten sind, ist ein neues Bauleitplanverfahren anzustoßen.

7. Entwicklung Ländlicher Raum (ELR)-Antrag auf Aufnahme in das Förderprogramm 2020

Mit dem Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELR) hat das Land Baden-Württemberg ein umfassendes Förderangebot für die strukturelle Entwicklung ländlich geprägter Dörfer, Gemeinden und Städte geschaffen. Ziel der Programmausschreibung 2020 ist es, innerörtliche Potentiale optimal zu nutzen, denn Innen- und Ortskernentwicklung sind von zentraler Bedeutung für vitale Städte und Gemeinden. Deshalb werden im ELR 2020 weiterhin vorrangig Investitionen zur Schaffung von privatem Wohnraum gefördert. Daneben bildet auch die Grundversorgung einen Förderschwerpunkt. Werden CO₂ bindende Baustoffe wie z.B. Holz verwendet, erhöht sich der Fördersatz um 5 %. Es lagen drei Anträge mit dem Förderschwerpunkt „Wohnen“ und zwei mit „Arbeiten“ vor. Der Gemeinderat beschließt, Aufnahmeanträge für die Teilorte für das Jahr 2020 zu stellen und die vorliegenden privaten Anträge einzureichen. Der für Schlechttau gestellte kommunale Antrag auf Umbau und Sanierung des Foyers und der Nebenräume im Gemeindehaus wird bis zu den Haushaltsplanberatungen zurückgestellt. Sollten hierfür Mittel in die Investitionsplanung 2020 aufgenommen werden, kann für das Programmjahr 2021 ein ELR Antrag gestellt werden, wenn das Projekt einem Förderschwerpunkt entspricht.

8. Stadtsanierung Stadtmitte III

Konkretisierung der Förderrichtlinien für die Förderung von energetischen Modernisierungsmaßnahmen an gewerblich genutzten Gebäude

Ein im Sanierungsgebiet liegendes Produktions- und Bürogebäude soll energetisch saniert werden. Zudem werden die sanitären Einrichtungen erneuert. Die Kosten liegen bei insgesamt 100.000 €. Analog zu einem anderen Fall könnte die Maßnahme mit einem Fördersatz von 30 %, maximal gedeckelt auf 30.000 €, entsprechend den Förderrichtlinien des Landes, gefördert werden. Die durch Gemeinderatsbeschluss festgelegten Förderrichtlinien für die Stadtsanierung Stadtmitte III sehen bislang nur Zuschüsse für wohngenutzte und gemischt genutzte Gebäude sowie Maßnahmen an besonderen Gebäuden vor. Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Sanierungsausschusses und beschließt, die für die Stadtsanierung III bestehenden städt. Förderrichtlinien dahingehend zu erweitern, dass auch für energetische Maßnahmen an gewerblich genutzten Gebäuden innerhalb des Sanierungsgebiets ebenfalls ein Zuschuss, gedeckelt auf 30.000 € gewährt werden kann. Dem vorliegenden Antrag wird mit einem Fördersatz von 30 %, maximal 30.000 € entsprochen.

9. Verschiedenes

Für die auf der Liste der Haushaltsreste stehenden Baumaßnahmen von Gehwegen in Geschwend und Präg wird nach dem Entwicklungsstand und einer Umsetzung noch in diesem Jahr gefragt. Die Verwaltung wird zur nächsten Sitzung mögliche Umsetzungen aufzeigen.

Der Protokollführer.